

Die erste Niederstimmung der Deutschen.

(Wiener Brief.)

Die Sturmzeichen im neubelebten österreichischen Parlamente mehren sich. Auf die maßlosen staatsrechtlichen Programmklärungen der Tschechen, Südslawen und Polen in der Eröffnungssitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses, die an den verfassungsmäßigen Bestand der österreichisch-ungarischen Monarchie greifen, ist die erste Niederstimmung der Deutschen durch die nichtdeutschen Parteien gefolgt. Eine solche Niederstimmung ist in der ganzen Geschichte des österreichischen Parlamentarismus noch nicht dagewesen. Es machte unbedingt den Eindruck, als wenn den Deutschen bei der ersten Gelegenheit bewiesen werden sollte, daß sie in Oesterreich nur eine hoffnungslose Minderheit seien. Die Niederstimmung der Deutschen erfolgte gleich bei der ersten Frage, die auf der Tagesordnung stand, der Neugestaltung der Geschäftsordnung. Diese Vergewaltigung hat in nationalen deutschen Kreisen umso tiefer verstimmt, als sie durch hinterlistigen Ueberfall, unter Bruch eines stillschweigenden Uebereinkommens erfolgte. Die Führung in dem antideutschen Block, dem sich zum ersten Male auch die Italiener und Rumänen angeschlossen hatten, lag in den Händen der Tschechen.

Der dem Hause vorliegende Entwurf der neuen Geschäftsordnung war, unter Ablehnung des Regierungsentwurfs, ein Eigenbau der Parlamentsparteien und in mühevollen Ausschußberatungen nach gegenseitigem Uebereinkommen fertiggestellt. Als oberster Grundsatz hatte dabei gegolten, alle Anträge und Neuordnungen auszuschließen, die auf irgendeiner Seite des Hauses Anstoß erregen könnten. So verzichteten die Deutschen auf den auch in der Regierungsvorlage enthaltenen Antrag auf Einführung der deutschen Parlamentssprache. In der Ausschußberatung war demgemäß beschlossen worden, in der Sprachfrage den bestehenden Zustand unverändert aufrechtzuerhalten. Dieser Zustand, der sich auf Gewohnheitsrecht gründete, bestand darin, daß seit Bestehen des Reichsrates die Verhandlungen in deutscher Sprache geleitet wurden. Auch wurde in das stenographische Protokoll nur der Wortlaut der deutschen Reden aufgenommen. Seit 1907 kamen anderssprachige Anträge und Anfragen in den Anhang des Protokolls, und zwar zuerst in der Ursprache und unmittelbar darauf in deutscher Uebersetzung. Unter dem Präsidenten Weiskirchner wurde dann noch die Einrichtung getroffen, daß nichtdeutsche Reden auf Wunsch des Redners stenographisch aufgenommen und in deutscher Uebersetzung in der „Reichsratskorrespondenz“ wiedergegeben werden konnten. Die Tschechen hatten nun im Ausschuß allerdings einen Minderheitsantrag Franta angemeldet, wonach „die im Parlamente gehaltenen Reden ihrem Wortlaute nach, so wie sie gehalten werden, in das Protokoll aufzunehmen“ seien. Man hatte aber angenommen, daß dieser Antrag nur theoretische Bedeutung habe, zumal ein Vermittlungsantrag des deutschsozialdemokratischen Abgeordneten Seitz vorlag, wonach das Büro des Hauses Vorschläge zu erstatten habe, wie die nichtdeutschen Reden dem stenographischen Protokolle angegeschlossen werden könnten. Erst im letzten Augenblicke erkannte man, daß die Tschechen insgeheim einen Block aller nichtdeutschen Parteien zusammengebracht hatten, um entgegen dem Uebereinkommen den Antrag Franta durchzubringen. Als man nun die Tschechen darauf aufmerksam machte, daß die Annahme des Antrags Franta eine babylonische Sprachenverwirrung im Hause herbeiführen müsse und einen Bruch, des parlamentarischen Burgfriedens bedeute, erwiderte der Obmann des Tschechenklubs Stanek, dem auch die Hauptschuld an der Zertrümmerung des Hauses im Jahre 1914 zur Last fällt, kalten Blutes: „Das ist mir gleich. Wenn der Antrag Franta nicht angenommen wird, zerschlagen wir das Haus“. Stanek beantragte darauf namentliche Abstimmung über den Antrag Franta, der mit 203 Stimmen der Nichtdeutschen gegen 185 deutsche Stimmen, einschließlich der deutschen Sozialdemokraten, angenommen wurde.

Infolge dieser Abstimmung traten sofort die Vorstände der deutschen Parteien zu Beratungen zusammen. Ferner begab sich der Vorsitzende des Hauses, Dr. Groß, in Begleitung des Ministers Dr. Baernreither zum Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinič. Die Lage ist sehr ernst, und wenn nicht noch im letzten Augenblicke ein Ausweg gefunden wird, ist die ganze Geschäftsordnungsreform, die ja eine Zweidrittelmehrheit verlangt, über die die Nichtdeutschen nicht verfügen, zugleich aber auch die Arbeitsfähigkeit des Parlamentes in ernste Frage gestellt. Das gewiß nicht alldeutsche „Neue Wiener Tagblatt“ kennzeichnet die Lage mit folgenden Worten: „Die Deutschen empfanden diese Demonstration als einen Bruch der gegebenen Versprechungen, als eine übermüthige Verletzung des Burgfriedens“.

8.7.1917 168